638599-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Klinik Immenstadt, BA 1, Erweiterungsbau Nordwest, Leistungen der Tragwerksplanung gem. §§ 49 ff HOAI 2021, LPH 3-6, bei stufenweiser Beauftragung
OJ S 179/2026 16/09/2026
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Klinikverbund Allgäu gGmbH
E-Mail: im-bau-ps@klinikverbund-allgaeu.de
Rechtsform des Erwerbers: Organisation, die einen durch einen öffentlichen Auftraggeber subventionierten Auftrag vergibt
Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Klinik Immenstadt, BA 1, Erweiterungsbau Nordwest, Leistungen der Tragwerksplanung gem. §§ 49 ff HOAI 2021, LPH 3-6, bei stufenweiser Beauftragung
Beschreibung: Gegenstand des Auftrags sind Leistungen der Tragwerksplanung gem. §§ 49 ff HOAI 2021, LPH 3-9 bei stufenweiser Beauftragung. Ggf. werden auch verschiedene besondere Leistungen beauftragt werden.------Die Klinikverbund Allgäu gGmbH plant die Errichtung des Neubaus „Bauabschnitt 1 Erweiterungsbau Nordwest“ am Standort Klinik Immenstadt.------Die Klinik Immenstadt ist ein Krankenhaus des Klinikverbunds Allgäu.------Am Standort Immenstadt besteht für den Klinikverbund Allgäu gGmbH ein zusätzlicher Raumbedarf aufgrund der im Mai 2026 vom Bayrischen Staatsministerium für Gesundheit, Prävention und Pflege beschlossenen Planbettenerhöhung auf 230 Betten und zur Schaffung aktuell fehlender Nebenräume. Das Bauvorhaben erhält die Bezeichnung „Bauabschnitt 1 Erweiterungsbau Nordwest“. ------Der Neubau mit einer Nutzfläche von ca. 3.921 m² gemäß Zielplanung umfasst vier Geschosse mit: - UG: Technik, Umkleiden - EG: Arztdiensträume, U+B-Räume, Seelsorge, Soziale Dienste, Raum der Stille - 1.OG: Highcare-Bettenstation - 2. OG: Arztdiensträume, Verwaltung, Besprechungsräume, Archiv - 3.OG: Pflegestation, Wahlleistung Auf der Dachfläche sind Flächen für eine Technikzentrale (z.B. Lüftungszentrale) und PV-Anlage vorgesehen. ------Für die Baufeldfreimachung sind zudem Rückbauarbeiten, Spartenanpassungen und Kanalverlegungen im Bereich des Baufeldes bzw. des angrenzenden Bürgersteiges erforderlich. Der Bauherr holt derzeit aktuelle Spartenpläne ein. ------Die Umsetzung zur Baufeldfreimachung, Rückbau der Kapelle, Errichtung des Neubaus, Umbau im Bestand und Herstellung der erforderlichen Anschlüsse an den Gebäudekomplex erfolgt in mehreren Bauphasen. ------Es ist eine Verlegung des Sauerstofftanks notwendig; als neuer Standort wird der nördliche Grundstücksbereich vor der Zufahrt zum GZI-Parkplatz favorisiert. ------Die Aushubsohle wird unterhalb des mittleren Grundwasserstandes liegen; somit werden nach bisherigen Erkenntnissen Spundwände für die Baugrube erforderlich, die in die Seetonschichten einbinden. ------Für die weiteren Planungsschritte der Tragwerksplanung wird zeitnah ein Baugrundgutachter beauftragt. ------Zusätzlich zum Neubau ist ein Umbau im Bestand in Form einer Erweiterung der Zentralen Notaufnahme

(Schaffung Überwachungsplätze, bisher: Umkleiden) im Untergeschoss vorgesehen (s. Plananlage). Während der Bauausführung muss eine Zufahrt zur Zentralen Notaufnahme uneingeschränkt möglich sein. -----Das beiliegende Raum- und Funktionsprogramm wurde vom Bayrischen Staatsministerium für Gesundheit, Prävention und Pflege freigegeben. Bei dem Projekt werden Fördermittel gemäß Art. 11 BayKrG beantragt. Die förderrechtlichen Rahmenbedingungen (u.a. Terminschiene, vergaberechtliche Vorgaben, Anforderungen an Förderantragsunterlagen) sind bei der Projektabwicklung zwingend einzuhalten.------ Die im Juni 2026 für die Förderantragserstellung beauftragten Fachdisziplinen gelten als vorbefasste Bewerber. Die bereits erstellten Planunterlagen werden allen Teilnehmern mit den Verfahrensunterlagen (siehe 5.1.11) zur Verfügung gestellt, um alle Bieter auf denselben Informationsstand zubringen. ------Zeitschiene: Die Vergabeverhandlung findet voraussichtlich Ende Oktober 2026 statt. Die Auftragsvergabe und der unmittelbar darauffolgende Projektstart ist für Ende 2026 / Anfang 2027 vorgesehen. Die Bauausführung des Neubaus ist von Q3 /2028 bis Q4/2030 vorgesehen.------Hinweis: Die Projektbesprechungen finden in deutscher Sprache statt.
Kennung des Verfahrens: 6032f164-2d19-4ad0-a0b8-4c35e0e3e36c
Interne Kennung: Klinik_Immenstadt_BA1_TWP
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren
Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen
Zusätzliche Einstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros, 71310000 Technische Beratung und Konstruktionsberatung, 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen , 71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung, 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Im Stillen 3
Stadt: Immenstadt
Postleitzahl: 87509
Land, Gliederung (NUTS): Oberallgäu (DE27E)
Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: *---- a) Die ausgefüllten Teilnahmeanträge (und später im Verfahren entsprechend auch die Angebote) sind unter Angabe des Vor- und Nachnamens des gesamtverantwortlichen Vertreters des Bewerbers / der Bewerbergemeinschaft und mit den geforderten Nachweisen, Erklärungen und Anlagen zwingend innerhalb der Einreichungsfrist ausschließlich über den verschlüsselten Angebotsbereich der elektronischen Vergabeplattform einzureichen. Eine Einreichung per Email oder unverschlüsselt per Bietermitteilung ist nicht zulässig und führt zwangsläufig zum Ausschluss. Nicht formgerechte bzw. formlose Bewerbungen werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt. Angebote, die nicht form-oder fristgerecht eingegangen sind, werden ausgeschlossen, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten (§ 57 Absatz 1 Satz 1 VgV).---- b) Während der Bewerbungsphase sind Rückfragen ausschließlich elektronisch als Bewerberfragen-/ mitteilungen unverschlüsselt über den Kommunikationsbereich der Vergabeplattform bis spätestens 10 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist an den AG zu richten. Verbindliche

Stellungnahmen werden als Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen unter der zuvor genannten Vergabeplattform bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist veröffentlicht. ---- c) Bewerbungsunterlagen können nur verschlüsselt elektronisch eingereicht werden und verbleiben beim AG. Der AG bedient sich bei der Auswertung eines externen Verfahrensbetreuers, dem die Bewerbungsunterlagen hierfür vertraulich bereitgestellt werden. ---- d) Geforderte Nachweise sind elektronisch, nicht deutschsprachige Nachweise in einer beglaubigten Übersetzung, der Bewerbung beizulegen. ---- e) Informationspflicht des Bewerbers: Die Teilnehmer/die Bewerber verpflichten sich, sich eigenverantwortlich bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist auf der zuvor genannten Vergabeplattform zu informieren, ob Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen vorgenommen wurden. Weiter werden die Bewerber ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich in besonderen Fällen die Notwendigkeit ergeben kann, die Teilnahmefrist auch noch innerhalb der zuvor genannten 6 Kalendertage abzuändern oder zu verschieben. Entsprechende Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen werden unverzüglich auf zuvor genannter Vergabeplattform veröffentlicht. Es wird darauf hingewiesen, dass alle veröffentlichten Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen Bestandteil der Vergabeunterlagen sind. Sollten sich die veröffentlichten Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen auf den Teilnahmeantrag auswirken, gelten folgende Regelungen: Ist der Teilnahmeantrag bereits elektronisch eingereicht worden, so ist dem Auftraggeber bis zum Ende der Teilnahmefrist über die Vergabeplattform mitzuteilen, sofern: - der alte Teilnahmeantrag für ungültig erklärt und kein neuer Teilnahmeantrag abgegeben wird,- der alte Teilnahmeantrag für ungültig erklärt und ein neuer Teilnahmeantrag abgegeben wird. Der neue Teilnahmeantrag muss vor Ende der Teilnahmefrist elektronisch vorliegen, - der alte Teilnahmeantrag -ergänzt um das Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben aufrechterhalten werden soll. Auf die Möglichkeit diese, vom speziellen Einzelfall abhängige Variante wählen zu können, wird in dem betreffenden Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben ausdrücklich hingewiesen. Es wird darauf hingewiesen, dass das unterzeichnete Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben vor Ablauf der Teilnahmefrist dem Auftraggeber elektronisch vorliegen muss, - der alte Teilnahmeantrag unverändert aufrechterhalten werden soll. In diesem Fall wird darauf hingewiesen, dass ein bereits eingereichter Teilnahmeantrag, wenn erforderlich, an die Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben angepasst werden muss. Sofern keine gesonderte Mitteilung eingeht, wird davon ausgegangen, dass der alte Teilnahmeantrag unverändert aufrechtgehalten wird. ---- f) In der zweiten Verfahrensstufe (Angebotsphase) sind Bieterfragen ausschließlich elektronisch bis 6 Tage vor Ablauf der Angebotsphase über den Kommunikationsbereich der Vergabeplattform einzureichen.---- g) Die Bindefrist an das Angebot beträgt 90 Tage ab Angebotssubmission.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

Anzuwendende grenzübergreifende Rechtsvorschrift: entfällt

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen: ---- a) Erklärung des Bewerbers über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 und § 124 GWB; ---- b) Erklärung über das Nichtvorliegen von Eintragungen im Wettbewerbsregister;---- c) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 21 MiLoG; ---- d) Erklärung des Bewerbers, ob und auf welche Art wirtschaftliche Verknüpfungen mit anderen Unternehmen bestehen; ---- e) Ist der Bewerber

eine juristische Person, zu deren satzungsgemäßem Geschäftszweck die dem Projekt entsprechenden Planungsleistungen gehören, ist diese nur teilnahmeberechtigt, wenn durch Erklärung des Bewerbers gem. § 43 Abs. 1 VgV i. V. m. § 75 Abs. 3 VgV nachgewiesen wird, dass der verantwortliche Leistungserbringer die an die natürliche Person gestellten Anforderungen erfüllt; ---- f) Will sich der Bewerber bei der Erfüllung des Auftrags der Leistungen anderer Unternehmen bedienen, hat er diese zu benennen. Der Bewerber muss außerdem gem. § 36 Abs. 1 VgV und § 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV angeben, welche Teile des Auftrags er beabsichtigt als Unterauftrag zu vergeben. Eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen ist abzugeben; ---- g) Der Bewerber muss bereit sein, im Auftragsfall eine Erklärung gem. § 1 des Verpflichtungsgesetzes abzugeben;---- h) Erklärung des Bewerbers über die Bildung von Bewerbergemeinschaften. Bewerbergemeinschaften haften gesamtschuldnerisch und haben mit ihrem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der bevollmächtigte Vertreter benannt ist, der die Mitglieder gegenüber der Vergabestelle rechtsverbindlich vertritt. Mehrfachbeteiligungen einzelner Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft sind unzulässig und führen zur Nichtberücksichtigung sämtlicher betroffener Bewerbergemeinschaften im weiteren Verfahren. Mehrfachbewerbungen sind auch Bewerbungen unterschiedlicher Niederlassungen eines Bewerberbüros sowie mehrerer Mitglieder ständiger Büro- und Arbeitsgemeinschaften;---- i) Erklärung Bezug Russland;---- j) Erklärung Masernschutz

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Klinik Immenstadt, BA 1, Erweiterungsbau Nordwest, Leistungen der Tragwerksplanung gem. §§ 49 ff HOAI 2021

Beschreibung: Gegenstand des Auftrags sind Leistungen der Tragwerksplanung gem. §§ 49 ff HOAI 2021, LPH 3-6 bei stufenweiser Beauftragung. Ggf. werden auch verschiedene besondere Leistungen beauftragt werden.------Die Klinikverbund Allgäu gGmbH plant die Errichtung des Neubaus „Bauabschnitt 1 Erweiterungsbau Nordwest“ am Standort Klinik Immenstadt.------Die Klinik Immenstadt ist ein Krankenhaus des Klinikverbunds Allgäu.------Am Standort Immenstadt besteht für den Klinikverbund Allgäu gGmbH ein zusätzlicher Raumbedarf aufgrund der im Mai 2026 vom Bayrischen Staatsministerium für Gesundheit, Prävention und Pflege beschlossenen Planbettenerhöhung auf 230 Betten und zur Schaffung aktuell fehlender Nebenräume. Das Bauvorhaben erhält die Bezeichnung „Bauabschnitt 1 Erweiterungsbau Nordwest“. ------Der Neubau mit einer Nutzfläche von ca. 3.921 m² gemäß Zielplanung umfasst vier Geschosse mit: - UG: Technik, Umkleiden - EG: Arztdiensträume, U+B-Räume, Seelsorge, Soziale Dienste, Raum der Stille - 1.OG: Highcare-Bettenstation - 2. OG: Arztdiensträume, Verwaltung, Besprechungsräume, Archiv - 3.OG: Pflegestation, Wahlleistung Auf der Dachfläche sind Flächen für eine Technikzentrale (z.B. Lüftungszentrale) und PV-Anlage vorgesehen. ------Für die Baufeldfreimachung sind zudem Rückbauarbeiten, Spartenanpassungen und Kanalverlegungen im Bereich des Baufeldes bzw. des angrenzenden Bürgersteiges erforderlich. Der Bauherr holt derzeit aktuelle Spartenpläne ein. ------Die Umsetzung zur Baufeldfreimachung, Rückbau der Kapelle, Errichtung des Neubaus, Umbau im Bestand und Herstellung der erforderlichen Anschlüsse an den Gebäudekomplex erfolgt in mehreren Bauphasen. ------Es ist eine Verlegung des Sauerstofftanks notwendig; als neuer Standort wird der nördliche Grundstücksbereich vor der Zufahrt zum GZI-Parkplatz favorisiert. ------Die Aushubsohle wird unterhalb des mittleren Grundwasserstandes liegen; somit werden nach bisherigen Erkenntnissen Spundwände für die Baugrube erforderlich, die in die Seetonschichten einbinden. ------Für die weiteren Planungsschritte der

Tragwerksplanung wird zeitnah ein Baugrundgutachter beauftragt. ------Zusätzlich zum Neubau ist ein Umbau im Bestand in Form einer Erweiterung der Zentralen Notaufnahme (Schaffung Überwachungsplätze, bisher: Umkleiden) im Untergeschoss vorgesehen (s. Plananlage). Während der Bauausführung muss eine Zufahrt zur Zentralen Notaufnahme uneingeschränkt möglich sein. -----Das beiliegende Raum- und Funktionsprogramm wurde vom Bayrischen Staatsministerium für Gesundheit, Prävention und Pflege freigegeben. Bei dem Projekt werden Fördermittel gemäß Art. 11 BayKrG beantragt. Die förderrechtlichen Rahmenbedingungen (u.a. Terminschiene, vergaberechtliche Vorgaben, Anforderungen an Förderantragsunterlagen) sind bei der Projektabwicklung zwingend einzuhalten.------ Die im Juni 2026 für die Förderantragserstellung beauftragten Fachdisziplinen gelten als vorbefasste Bewerber. Die bereits erstellten Planunterlagen werden allen Teilnehmern mit den Verfahrensunterlagen (siehe 5.1.11) zur Verfügung gestellt, um alle Bieter auf denselben Informationsstand zubringen. ------Zeitschiene: Die Vergabeverhandlung findet voraussichtlich Ende Oktober 2026 statt. Die Auftragsvergabe und der unmittelbar darauffolgende Projektstart ist für Ende 2026 / Anfang 2027 vorgesehen. Die Bauausführung des Neubaus ist von Q3 /2028 bis Q4/2030 vorgesehen.------Hinweis: Die Projektbesprechungen finden in deutscher Sprache statt.
Interne Kennung: Klinik_Immenstadt_BA1_TWP

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen
Zusätzliche Einstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros, 71310000 Technische Beratung und Konstruktionsberatung, 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen , 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung
Optionen:
Beschreibung der Optionen: Beabsichtigt ist eine stufenweise Beauftragung: ------- Stufe 1: LPH 3-4, gem. § 50 ff HOAI 2021 ------- Stufe 2: LPH 5-6, gem. § 50 ff HOAI 2021 ------- Zunächst wird nur die Stufe 1 beauftragt. Ein Rechtsanspruch auf die Beauftragung der weiteren Stufen, Bauabschnitte oder etwaiger besonderer Leistungen besteht nicht.

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Im Stillen 3
Stadt: Immenstadt
Postleitzahl: 87509
Land, Gliederung (NUTS): Oberallgäu (DE27E)
Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 04/01/2027
Enddatum der Laufzeit: 31/03/2031

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 1

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:
Teilnahme ist nicht vorbehalten.
Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert
Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja
Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung
Gefördertes soziales Ziel: Zugang für alle

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen
Kriterium: Spezifischer durchschnittlicher Jahresumsatz
Beschreibung des Eignungskriteriums: Direkter Link zur Eigenerklärung -- siehe Link https://www.staatsanzeiger-eservices.de/aJs/EFormsBekEigenUrl?z_param=330081Erklärung des Bewerbers bzw. der Bewerbergemeinschaft über den spezifischen Gesamtumsatz des Bewerbers bzw. der Bewerbergemeinschaft in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren gem. § 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV. -- Mindestanforderung ist ein Gesamtumsatz (Jahresmittel) von 550.000 EUR brutto im Leistungsbild Tragwerksplanung
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung
Beschreibung des Eignungskriteriums: Direkter Link zur Eigenerklärung -- siehe Link https://www.staatsanzeiger-eservices.de/aJs/EFormsBekEigenUrl?z_param=330081Erklärung des Bewerbers zur Berufshaftpflichtversicherung gem. § 45 Abs. 1 bzw. Abs. 4 VgV: -- Eigenerklärung im Teilnahmeantrag über das Vorliegen oder die Bereitschaft zum Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung über 3.000.000 EUR für Personenschäden und über 5.000.000 EUR für Sachschäden bei einem Versicherungsunternehmen, das in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassen ist. -- Die Erklärung des Versicherungsunternehmens über das Vorhandensein oder die Bereitschaft zum Abschluss muss vor Auftragserteilung mit dem Angebot eingereicht werden und darf nicht älter als sechs Monate sein, gerechnet vom Tag der Bekanntmachung an. Die Ersatzleistung des Versicherers muss mindestens das Zweifache der Deckungssumme pro Jahr betragen. Die Deckung muss über die Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Die Versicherung kann bereits ständig abgeschlossen sein oder im Auftragsfall projektbezogen abgeschlossen werden. Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen (d. h. ohne Unterscheidung nach Personen- und Sachschäden) ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, dass beide Schadenskategorien im Auftragsfall parallel zueinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind. --Im Falle einer Bewerbergemeinschaft bestehen hinsichtlich der Haftpflichtversicherung folgende zulässige Gestaltungsvarianten: a) Die Bewerbergemeinschaft schließt eine eigenständige, projektbezogene Haftpflichtversicherung (Projekt-Haftpflichtversicherung) ab, welche sämtliche im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) erbrachten Leistungen mit den oben genannten Konditionen abdeckt. b) Beide Mitglieder der Bewerbergemeinschaft verfügen jeweils über eine eigene Haftpflichtversicherung, die ausdrücklich auch die Mithaftung im Rahmen einer ARGE umfasst und die oben genannten Konditionen erfüllt. c) Mindestens eines der Mitglieder der Bewerbergemeinschaft verfügt über eine Haftpflichtversicherung, die die Mithaftung im Rahmen einer ARGE ausdrücklich einschließt und die oben genannten Konditionen erfüllt. Nicht ausreichend und daher unzulässig ist es, wenn beide Mitglieder der

Bewerbergemeinschaft zwar jeweils über eine eigene Haftpflichtversicherung verfügen, diese jedoch keine Deckung für die Mithaftung im Rahmen einer ARGE vorsehen.
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen
Beschreibung des Eignungskriteriums: Direkter Link zur Eigenerklärung -- siehe Link https://www.staatsanzeiger-eservices.de/aJs/EFormsBekEigenUrl?z_param=330081a)
Angabe der Fachkräfte gem. § 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV: Erklärung des Bewerbers über die Berufsqualifikation eines Geschäftsführers oder einer Führungskraft gemäß § 75 VgV: Der Bewerber erfüllt die fachlichen Anforderungen, wenn in der Geschäftsführung bzw. unter den Führungskräften mindestens 1 Person berechtigt ist, die Berufsbezeichnung „Ingenieur der Fachrichtung Bauingenieurwesen“ und "Nachweisberechtigter für Standsicherheit" gem. § 75 VgV im jeweiligen Herkunftsstaat des Bewerbers (Sitz des Bewerbers) zu führen. Nachweis durch Vorlage einer Eintragung in die Ingenieurkammer als Nachweisberechtigter für Standsicherheit und Vorlage der Abschlussurkunde mit Angabe der Fachrichtung und Abschlussdatum. Falls im jeweiligen Herkunftsstaat die Berufsbezeichnung „Ingenieur" und "Nachweisberechtigter für Standsicherheit" nicht gesetzlich geregelt sein sollte, sind vergleichbare fachliche Qualifikationen nachzuweisen, also Befähigungsnachweise vorzulegen, deren Anerkennung nach der Richtlinie 2013/55/EU - Berufsanerkennungsrichtlinie - gewährleistet ist. - - -b) Nachweis der Berufserfahrung des o.g. Geschäftsführers oder der o.g. Führungskraft:Die Berufserfahrung des o.g. Geschäftsführers oder der o.g. Führungskraft [hierbei muss es sich um dieselbe Person handeln wie unter a) Relevante Bildungs- und Berufsqualifikation] im Leistungsbild Tragwerksplanung ist jeweils durch Vorlage eines aussagekräftigen Lebenslaufes nachzuweisen. Mindestanforderung sind 10 Jahre Berufserfahrung für den Geschäftsführer oder die Führungskraft im Leistungsbild Tragwerksplanung.
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen
Beschreibung des Eignungskriteriums: Direkter Link zur Eigenerklärung -- siehe Link https://www.staatsanzeiger-eservices.de/aJs/EFormsBekEigenUrl?z_param=330081Angabe von 2 Referenzen (Ref 1+ Ref 2: LPH 2-6) gem. § 75 Abs. 5 VgV. ------- Folgende Mindestanforderungen gelten bei den Referenzprojekten: - - - Ref 1+2: Der Referenzzeitraum muss zwischen 01.09.2011 - 31.08.2026 liegen, die LPH 2 darf nicht vor diesem Zeitraum begonnen und die LPH 6 muss in diesem Zeitraum abgeschlossen sein. - - - Die Nichteinhaltung führt zur Wertung mit 0 Punkten bei der betroffenen Referenz, nicht aber zum Ausschluss. ------- Folgende Wertungskriterien gelten bei der Referenzkategorie 1: -- Bauvolumen brutto (KG 300+400) (max. Punktzahl bei mind. 12,00 Mio. €), -- dem Bewerber beauftragte bzw. von ihm vollständig erbrachte LPHen (max. Punktzahl bei LPH 2-6), -- Honorarzone (max. Punktzahl bei mind. HZ III), -- Gegenstand der Referenz ist eine Neubau- / Erweiterungs- / Anbaumaßnahme im Bereich Hochbau, bei der das Tragsystem neu konzipiert wurde. (max. Punktzahl bei Neukonzeption Tragsystem einer Neubau-/Erweiterungs-/ Anbaumaßnahme),-- Bei dem Referenzprojekt ist das Tragsystem hauptsächlich in Massivbauweise (Mauerwerk, Stahlbeton) konzipiert. (max. Punktzahl bei Tragsystem in Massivbauweise)-- Vollständigkeit der Projektdarstellung des Referenzprojektes, auf jeweils höchstens zwei DIN A4-Seiten oder einer DIN A3-Seite, graphische Darstellung (z. B. mit Grundrissen, Ansichten, Fotos etc.) und kurze Beschreibung in Textform (falls ja: volle Punktzahl). ------- Folgende Wertungskriterien gelten bei der Referenzkategorie 2: --

Bauvolumen brutto (KG 300+400) (max. Punktzahl bei mind. 8,50 Mio €), -- dem Bewerber beauftragte bzw. von ihm vollständig erbrachte LPHen (max. Punktzahl bei LPH 2-6), -- Honorarzone (max. Punktzahl bei mind. HZ III), -- Gegenstand des Referenzprojektes ist eine Neubau- / Erweiterungs- / Anbaumaßnahme im Bereich Hochbau, bei der das Tragsystem neu konzipiert wurde. (max. Punktzahl bei Neukonzeption Tragsystem einer Neubau-/Erweiterungs- / Anbaumaßnahme)-- Bei dem Referenzprojekt ist das Tragsystem hauptsächlich in Massivbauweise (Mauerwerk, Stahlbeton) konzipiert. (max. Punktzahl bei Tragsystem in Massivbauweise),-- Vollständigkeit der Projektdarstellung des Referenzprojektes, auf jeweils höchstens zwei DIN A4-Seiten oder einer DIN A3-Seite, graphische Darstellung (z. B. mit Grundrissen, Ansichten, Fotos etc.) und kurze Beschreibung in Textform (falls ja: volle Punktzahl). -------Zusatzpunkte (es genügt, wenn die Unterkategorie jeweils bei einer wertbaren Referenz erfüllt ist) für: -- Bei einem der eingereichten Referenzprojekte wurde als Besondere Leistung die ingenieur-technische Kontrolle der Ausführung des Tragwerks auf Übereinstimmung mit den geprüften statischen Unterlagen gem. Anlage 14 HOAI LPH 8 beauftragt und selbst erbracht. (falls ja: volle Punktzahl);--Gegenstand eines der eingereichten Referenzprojekte war die Zuarbeit für die Abbruchplanung (Erläuterung erforderlich) (falls ja: volle Punktzahl);-- Bei einem der eingereichten Referenzprojekte wurden im Zuge eines Eingriffs in den Gebäudebestand statisch-konstruktive Sicherungsmaßnahmen zur Gewährleistung der Standsicherheit bestehender Tragwerksstrukturen geplant (z. B. im Rahmen von Umbau-, Rückbau-, Teilabbruch- oder Erweiterungsmaßnahmen). (Erläuterung erforderlich) (falls ja: volle Punktzahl);------Zusatzpunkte losgelöst von den Referenzen 1 und 2 (Hinweis: Die Zusatzpunkte werden je Unterkategorie nur 1x vergeben. Es genügt, wenn die Unterkategorie bei einem beliebigen Projekt - losgelöst von den Referenzen 1 und 2 - erfüllt ist) Nachweis eines beliebigen Projekts (losgelöst von den Referenzen 1 und 2) bei dem die Tragwerksplanung für eine Baugrube mit temporärer oder dauerhafter Baugrubensicherung (z. B. Verbaukonstruktionen mit Rückverankerung oder Aussteifung) erbracht wurde. Gegenstand der Planung waren mindestens die LPH 2 bis 6 gemäß § 51 HOAI. Die anrechenbaren Kosten der KG 300 und 400 gemäß DIN 276 betrugen mindestens 2 Mio. € brutto. Im Teilnahmeantrag anzugeben sind: Projektbezeichnung, Auftraggeber, beauftragtes Büro, beauftragte und erbrachte LPH. (Erläuterung erforderlich) (falls ja, nur bei Vollständigkeit der geforderten Angaben: volle Punktzahl);------- Hinweis zu den Referenzen und zur Projektdarstellung der Referenzprojekte: -- Die Referenzprojekte 1 und 2 müssen verschieden sein. -- Es werden nur Referenzprojekte gewertet, für die ein Referenzdatenblatt (= Teil 4) im Teilnahmeantrag ausgefüllt wird. Werden zusätzliche Referenzen eingereicht, ist das Referenzdatenblatt der jeweiligen Referenzkategorie dem zu Folge zu kopieren, auszufüllen und dem Teilnahmeantrag beizufügen.-- Als Büroreferenz wird auch eine Referenz gewertet, die von den Mitarbeitern des Büros in ihrer Tätigkeit bei einem früheren Arbeitgeber erarbeitet worden sind, wenn eine weitgehende Identität zwischen den Personen, die für den Referenzauftrag beim früheren Unternehmen zuständig waren, und den Mitarbeitern im neuen Büro besteht. -- Alle Referenzprojekte sind aussagekräftig auf jeweils höchstens zwei DIN A4-Seiten oder einer DIN A3-Seiten darzustellen und zu beschreiben. Die graphische Darstellung (z.B. mit Grundrissen, Ansichten, Fotos etc.) und eine kurze Beschreibung in Textform sollen Ihr Vorgehen bei den Referenzprojekten erläutern und uns die Wertung ermöglichen.------- Der AG behält sich vor, Bescheinigungen von öffentlichen und privaten AG über die Ausführung der angegebenen Referenzprojekte anzufordern. Bewerber, bei denen im Zuge der Referenzprüfung festgestellt wird, dass die gemachten Angaben nicht korrekt sind, werden von der weiteren Wertung ausgeschlossen. -------
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen
Beschreibung des Eignungskriteriums: Direkter Link zur Eigenerklärung -- siehe Link https://www.staatsanzeiger-eservices.de/aJs/EFormsBekEigenUrl?z_param=330081Die
Wertung erfolgt nach der in den Beschaffungsunterlagen dargestellten Bewertungsmatrix "Eignungskriterien" und "Auswahlkriterien". ---------- Konkretisierung Losverfahren in Ergänzung zu § 75 (6) VgV: Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl auch nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Eignungskriterien zu hoch, so wird die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern durch Los getroffen werden. ------- Hinweis Nachnominierung: Im Falle einer Absage eines Teilnehmers der Vergabeverhandlung behält sich die Vergabestelle vor, der Rangfolge des Auswahlverfahrens entsprechend das nächstplatzierte Büro zur Teilnahme an der Vergabeverhandlung einzuladen. Ein Rechtsanspruch auf diese sogenannte Nachnominierung besteht aber nicht. Eine Nachnominierung wird wenn, dann jedoch nur bis spätestens 10 Tage vor Angebotssubmission ausgesprochen. Diese Regelung soll einem nachnominierten Teilnehmer eine Mindest-Vorbereitungszeit und somit die Gleichbehandlung aller Teilnehmer sicherstellen.
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft
Beschreibung des Eignungskriteriums: Direkter Link zur Eigenerklärung -- siehe Link https://www.staatsanzeiger-eservices.de/aJs/EFormsBekEigenUrl?z_param=330081Erklärung des Bewerbers bzw. der Bewerbergemeinschaft über die Anzahl der technisch festangestellten Mitarbeiter (bei 40 h / Woche) (VZ-MA) und der Führungskräfte (FK) in den letzten 3 abgeschlossenen Jahren (2023, 2024, 2025) gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV. Die Mindestanforderung ist ein jährliches Mittel von 5 technisch festangestellten Vollzeit-Mitarbeitern (bei 40 h / Woche) inklusive Geschäftsführung (GF) im Leistungsbild Tragwerksplanung. --- Freie Mitarbeiter sind wie Unterauftragnehmer im Teilnahmeantrag aufzuführen. Die „Verpflichtungserklärung bei Unteraufträgen“ gemäß § 47 Abs. 1 VgV im Teilnahmeantrag unter Anlage 1 ist auch von den freien Mitarbeitern auszufüllen.
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen
Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:
Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3
Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5
Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden
Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:
Art: Qualität
Bezeichnung: A) Darlegung des vorgesehenen Projektteams (mit Unterkriterien A1 bis A4)
Beschreibung: Die Wertung erfolgt nach der in den Beschaffungsunterlagen dargestellten Bewertungsmatrix "Zuschlagskriterien"
Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)
Zuschlagskriterium — Zahl: 32
Kriterium:
Art: Qualität

Bezeichnung: B) Herangehensweise an die konkrete Planungsaufgabe (mit Unterkriterien B1 bis B5)
Beschreibung: Die Wertung erfolgt nach der in den Beschaffungsunterlagen dargestellten Bewertungsmatrix "Zuschlagskriterien"
Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)
Zuschlagskriterium — Zahl: 38
Kriterium:
Art: Preis
Bezeichnung: C) Honorar: Honorarermittlung im Rahmen der HOAI
Beschreibung: Die Wertung erfolgt nach der in den Beschaffungsunterlagen dargestellten Bewertungsmatrix "Zuschlagskriterien"
Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)
Zuschlagskriterium — Zahl: 30

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch
Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 06/10/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://www.staatsanzeiger-eservices.de/aJs/EFormsBekVuUrl?z_param=330081

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:
Elektronische Einreichung: Erforderlich
Adresse für die Einreichung: https://staatsanzeiger-eservices.de
Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch
Elektronischer Katalog: Nicht zulässig
Varianten: Nicht zulässig
Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig
Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 12/10/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:
Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.
Zusätzliche Informationen: Gem. § 56 Abs. 2 VgV behält sich der Auftraggeber vor, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise nachzufordern. Ein Rechtsanspruch auf Nachforderung besteht aber nicht.
Auftragsbedingungen:
Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein
Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich
Aufträge werden elektronisch erteilt: ja
Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:
Keine Rahmenvereinbarung
Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:
Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Südbayern
Informationen über die Überprüfungsfristen: Verstöße im Sinne von § 135 Abs. 1 GWB (Unwirksamkeit des Vertrages) sind in einem Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Kenntnis des Verstoßes, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss geltend zu machen. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im EU-Amtsblatt bekanntgemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU (§ 135 Abs. 2 GWB). Ein Nachprüfungsverfahren ist nur bei Einhaltung nachfolgender Voraussetzungen zulässig: Verstöße gegen Vergabevorschriften, die der Bieter im Vergabeverfahren erkannt hat, sind gegenüber dem Auftraggeber innerhalb von 10 Kalendertagen nach Kenntnis zu rügen. Der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Abgabe des Eignungsnachweises und des Angebots gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Ein Nachprüfungsantrag ist binnen 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, einzureichen (§ 160 Abs. 3 GWB).
Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Vergabekammer Südbayern

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Klinikverbund Allgäu gGmbH
Registrierungsnummer: DE275663595
Postanschrift: Robert-Weixler-Straße 50
Stadt: Kempten
Postleitzahl: 87439
Land, Gliederung (NUTS): Kempten (Allgäu), Kreisfreie Stadt (DE273)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Projektsteuerung Klinik Immenstadt
E-Mail: im-bau-ps@klinikverbund-allgaeu.de
Telefon: 083105303550
Internetadresse: https://klinikverbund-allgaeu.de/standorte/kliniken/klinikum-immenstadt
Rollen dieser Organisation:
Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Südbayern
Registrierungsnummer: DE811335517
Postanschrift: Maximilianstraße 39
Stadt: München
Postleitzahl: 80534
Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de
Telefon: 00498921762411

Fax: 00498921762847
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle
Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Meixner+Partner Projektentwicklung Projektsteuerung GmbH
Registrierungsnummer: DE226852359
Postanschrift: Gögginger Straße 93
Stadt: Augsburg
Postleitzahl: 86199
Land, Gliederung (NUTS): Augsburg, Kreisfreie Stadt (DE271)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Frau Liebhold
E-Mail: vergabe@meixner-partner.de
Telefon: +49 82150105-28
Internetadresse: https://www.meixner-partner.de/
Rollen dieser Organisation:
Beschaffungsdienstleister

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung: 630719-2026
Hauptgrund für die Änderung: Korrektur – Veröffentlichung
Beschreibung: Korrektur TITEL in Abschnittskennung VERFAHREN Statt: Klinik Immenstadt, BA 1, Erweiterungsbau Nordwest, Leistungen der Tragwerksplanung gem. §§ 49 ff HOAI 2021, LPH 3-9, bei stufenweiser BeauftragungMUSS ES HEISSEN:Klinik Immenstadt, BA 1, Erweiterungsbau Nordwest, Leistungen der Tragwerksplanung gem. §§ 49 ff HOAI 2021, LPH 3-6, bei stufenweiser Beauftragung

10.1. Änderung

Abschnittskennung: LOT-0001
Beschreibung der Änderungen: TITELStatt: Klinik Immenstadt, BA 1, Erweiterungsbau Nordwest, Leistungen der Tragwerksplanung gem. §§ 49 ff HOAI 2021, LPH 3-9, bei stufenweiser BeauftragungMUSS ES HEISSEN:Klinik Immenstadt, BA 1, Erweiterungsbau Nordwest, Leistungen der Tragwerksplanung gem. §§ 49 ff HOAI 2021, LPH 3-6, bei stufenweiser Beauftragung

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: f2f288d1-4d81-4487-abf7-c6bd0c996e22 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 15/09/2026 09:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 638599-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 179/2026
Datum der Veröffentlichung: 16/09/2026